

Adresse dieses Artikels:

https://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/nicht-annehmen-wie-berlins-ignoranz-gelsenkirchen-gefaehrdet-id232933729.html?utm_medium=Social&utm_campaign=WAZGelsenkirchen&utm_source=Facebook&fbclid=IwAR1xzo44-X3rl-G1htMoq3OP2RJ1rVRy5HQBf-FbnOUSy5dKWWFkIfp8VUQ#Echobox=1627758104 **Jetzt lesen**

KOMMENTAR

Nicht annehmen, wie Berlins Ignoranz Gelsenkirchen gefährdet

Sinan Sat 31.07.2021, 20:41

Lesedauer: 5 Minuten



Sinan Sat ist Leiter der WAZ Lokalredaktion Gelsenkirchen.

Foto: Selina Sielaff /
funkegrafik nrw

GELSENKIRCHEN. Die Probleme mit Zuwanderern aus Südosteuropa belasten viele Gelsenkirchener seit Jahren. Dennoch ist keine Besserung in Sicht. Es ist an der Zeit

Die vergangenen Wochen in Gelsenkirchen waren geprägt von einer schwierigen wie

offenkundig überfälligen Diskussion über die Auswirkungen der Zuwanderung Tausender Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien in unsere Stadt. Im Kern geht es in etlichen Quartieren darum, dass das Zusammenleben der Kulturen nicht oder oft nur sehr konfliktreich funktioniert. Es geht um Lärmbelästigungen, um vermüllte Straßen und Höfe, um Respektlosigkeiten, um Einschüchterungen und sogar Bedrohungen. Es geht letzten Endes um Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, die sich unwohl und nicht mehr heimisch fühlen. Wie Fremde in der eigenen Stadt.

Freilich ist das nicht neu. Es ist das traurige Ergebnis einer fatalen Entwicklung der vergangenen Jahre. Und natürlich stimmt es auch, dass ehemalige und amtierende Oberbürgermeister, Abgeordnete und Lokalpolitiker die unerträglichen Zustände seit einigen Jahren – mal mehr und mal weniger deutlich – ansprechen.

Zustände, die das Zeug haben, Quartiere ins Dunkle zu reißen, in Viertel, die man meidet, aus denen man lieber so schnell wie möglich wegzieht.

Glück im Unglück für Gelsenkirchen

ARMUTSZUWANDERUNG

Frank Baranowski: „Ich kam mir vor wie ein Bittsteller“



Ein großer Trumpf unserer Stadt bei all dem ist, dass wir in zahlreichen Stadtteilen nur einzelne Straßen haben, an denen schrottreife Immobilien skrupelloser Vermieter Menschen vorübergehend ein Zuhause bieten, die sich leider nicht viel aus unseren Regeln und Gepflogenheiten machen.

Glück im Unglück gewissermaßen, denn so konzentrieren sich die Missstände nicht auf einen ganzen Stadtteil (Marxloh oder Hochfeld lassen grüßen). In aller Regel ist es so, dass gleich wenige Meter hinter den Problemhäusern friedvolles, urbanes Leben möglich und Realität ist. Verzweiflung und Harmonie liegen in Gelsenkirchen oftmals sehr nah beieinander.

So weit, so schlecht, aber eben auch bekannt.

Dass dieser Tage indes zuerst die fünf Bezirksbürgermeister (alle mit SPD-Parteibuch) **im WAZ-Gespräch bemerkenswert offen die Probleme mit den Zuwanderern, den Behörden und der Verwaltung zur Sprache brachten, und anschließend viele Leser ihre Solidarität mit den ehrenamtlichen Bürgermeistern zum Ausdruck brachten**, zeigt den Grad der Frustration. Und es zeigt, dass alte Schemata nicht mehr bedingungslos greifen, die Debatten vor lauter politischer Korrektheit schon im Keim ersticken.

Es ist nicht rassistisch, wenn man einfach nur fordert, dass sich Menschen an Regeln halten und ihren Teil für das Gemeinwohl leisten sollen. Das gilt schließlich gleichermaßen für jeden, egal, wo er herkommt.

Der Staat ist offenbar nicht Willens

Viele Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener sind es schlichtweg leid, dass der Staat nicht willens ist, ihnen das Selbstverständlichste zu garantieren, was sie von ihm erwarten: ein friedvolles und sicheres Leben, die konsequente Durchsetzung von Regeln und die Eliminierung der Gesetzeslücken, die es Betrügern so leicht machen, Sozialleistungen einzustreichen, die ihnen nicht zustehen.

ARMUTSZUWANDERUNG

Karin Welge: Gesetze nachjustieren, um Frieden zu wahren



Dass die betroffenen Kommunen mit den Problemen größtenteils alleingelassen werden, ist das Mantra, das man immer hört, wenn man mit den Verantwortlichen redet. Sie haben ja auch Recht damit, obgleich sicher auch die Verwaltungen entscheiden können, wie resolut sie die Probleme angehen wollen und wie sie mit denen umgehen, die diese zur Sprache

bringen.

Es ist aber auch so, dass die politischen Entscheidungsträger und Repräsentanten Gelsenkirchens dafür angetreten sind, die Probleme unserer Stadt zu lösen - ob nun direkt gewählt oder über einen Listenplatz, spielt dabei keine Rolle. Dass ihr Einfluss bisher nur reichte, um Mittel für den Ankauf von ein paar Schrotthäusern und für Stadtteilprojekte zu akquirieren, wird die besorgniserregende Entwicklung unserer Stadt in einigen Quartieren nicht aufhalten.

Gelsenkirchener Politiker müssen Druck auf ihre Parteien im Bund ausüben

NEWSLETTER

10 Gründe, den Gelsenkirchen-Newsletter gratis zu abonnieren



Wer es mit Gelsenkirchen ernst meint, der darf nicht müde werden, auf seine Bundespartei solange einzuwirken, bis sich in Berlin und Brüssel etwas ändert. Die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit muss neu geregelt werden. Von seiner eigenen Arbeit ohne staatliche Zuschüsse leben zu können, muss zur Voraussetzung (Ausbildung und Studium

können Ausnahmen sein), das Erlernen der deutschen Sprache ebenso gesetzlich eingefordert werden.

Das ist natürlich einfach gesagt bzw. geschrieben, die Zusammenhänge sind komplex, die Interessen vielfältig und die Prioritäten im Bund und der EU unterschiedlich gewichtet - allein schon deshalb, weil vergleichsweise wenig Kommunen betroffen sind. Aber für Gelsenkirchen – falls für Teile der Stadt – ist die Frage existenziell. Die Probleme mit den Zuwanderern zu ... hat oberste Priorität, sollte es jedenfalls haben.

Dass selbstverständlich nicht alle Zuwanderer – auch nicht aus Bulgarien und Rumänen – Probleme verursachen und viele gut integriert sind, ist so selbstverständlich wie wichtig zu erwähnen. Aber die, die Probleme machen, müssen in ihre Schranken gewiesen werden. Es wird Zeit.

Hier finden Sie mehr Nachrichten aus unserer Lokalredaktion.

KOMMENTARE (5) >

Mehr Artikel aus dieser Rubrik gibt's hier: Gelsenkirchen

LESERKOMMENTARE (5)

KOMMENTAR SCHREIBEN >

Benjamin A

vor 8 Stunden

Es muss etwas passieren

Ich finde gut, dass endlich viele erkennen: Es muss etwas passieren! Leider wird wieder nur über die Symptomen gejamert. Die Armutsmigranten sind ein Brandbeschleuniger, aber das Feuer glimmte schon seit 1980er Jahren. ... **Mehr anzeigen**

MELDEN > ANTWORTEN >

Gentle Giant

vor 9 Stunden

Rumänien-Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Januar 2014

Ein paar Jahre später mussten sich auch ZDF-, Spiegel-TV- und andere Dokumentationen mit dem nicht mehr zu leugnenden Ergebnis befassen. Das Problem wird sich in Deutschland nicht lösen lassen, da es bereits in Rumänien b... **Mehr anzeigen**

MELDEN > ANTWORTEN >

Herzogstr

vor 9 Stunden

Es ist zwar spät aber besser als nie

Ich würde mir sehr wünschen, dass die Gesetze in vollem Umfang in seiner ganzen Härte durchgesetzt würden. Komischerweise haben diese Menschen genug Berater und sind bestens informiert, wo sie was bekommen können, a... **Mehr anzeigen**

MELDEN > ANTWORTEN >



lock

vor 10 Stunden

Ignoranz der Politiker*innen

Diese Probleme sind ja nicht nur in Gelsenkirchen. Viele Kommunen im Ruhrgebiet und Anderswo haben Probleme mit Zugewanderten. Nicht nur mit Menschen aus Rumänien und Bulgarien. Aus falsch verstandener und falsch eingese...

Mehr anzeigen

MELDEN > **ANTWORTEN >**

Schneiderlein

vor 10 Stunden

Da hätte die WAZ mal vor Jahren, als die "Zuwanderung" in DU-Bergheim begann, aktiv aus allen medialen Rohren feuern sollen. Vielleicht hätte man den Anfängen wehren sollen. Heute ist es fast zu spät, es sei de... **Mehr anzeigen**

MELDEN > **ANTWORTEN >**

